

7. Juni 2006

## **PRESSEERKLÄRUNG**

### Schärfere Gesetze gegen Rassismus und Gewalt gefordert

Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses Sebastian Edathy beim  
Zentralrat und Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma

Bei dem heutigen Gespräch bat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, Sebastian Edathy, eine Gesetzesinitiative zur besseren Bekämpfung rassistisch motivierter Gewalt zu unterstützen und im Bundestag zu erörtern. Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass rechtsradikale Intensivtäter nach mehrfachen Gewalttaten mit gefährlichen Verletzungen von Minderheitenangehörigen anschließend wieder auf freien Fuß kommen und trotz Wiederholungsgefahr Bewährungsstrafen erhalten. Es fehlt bisher jedes Signal der Abschreckung gegenüber potentiellen Tätern und Nachahmern.

Der Zentralrat fordert seit vielen Jahren - seit 1994 und verstärkt seit dem Jahre 2000 - „besondere Haftgründe“ für derartige Taten mit rassistischem Hintergrund und dazu im Strafgesetzbuch die Bewertung als „Verbrechen“. Bisher gelten diese Taten nur als „Vergehen“. Es ist ein Skandal, dass der vom Land Brandenburg im Jahre 2000 im Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf (BR-Drs. 577/00) zunächst im Rechtsausschuss des Bundesrats auf Eis gelegt und später zurückgezogen wurde, weil die Justizminister der Länder und des Bundes ihre Zustimmung dafür verweigerten. Deshalb kommen die brutalen Wiederholungs-Gewalttäter nicht sofort in Haft.

Ebenso erörterten wir in dem heutigen Gespräch die Forderung des Zentralrats für schärfere Strafgesetze gegen die zunehmende rechtsextremistische Propaganda durch Neonazis vor allem in Sportstadien und im Internet, damit auch dieser Vorschlag im Innen- und im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags endlich behandelt wird. Seit einigen Jahren wächst das Ausmaß der rassistischen Propaganda in Fußball- und anderen Sportstadien mit Hassparolen wie „Zigeunerpack“ - zum Beispiel beim Länderspiel Deutschland-Slowakei am 21. September 2005. Auf Internetseiten rufen Neonazis immer öfter sogar zur Waffengewalt gegen „Juden und Zigeuner“ auf. Die Staatsanwaltschaften sind meistens nicht in der Lage, die Täter zu ermitteln oder die Betreiberfirmen des Internet rechtlich zur Verantwortung zu

ziehen, weil sie - laut Staatsanwaltschaften - ihren Sitz in den USA oder im europäischen Ausland haben. Die Justiz kann in derartigen Fällen nicht einmal die Sperrung dieser Hass-Seiten erreichen. Vor dieser Situation darf die Politik nicht einfach kapitulieren. Deshalb ist ein international gültiges und wirksames Gesetz notwendig. Denn es ist absurd, Täter, die Hassparolen weltweit elektronisch verbreiten, unbehelligt zu lassen, und nur den Druck und das Ankleben eines Plakats oder Flugblatts mit gleichem Inhalt zu bestrafen.

In dem heutigen Gespräch baten wir den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestags außerdem um eine Gesetzesinitiative für das Behörden- und Medienrecht. Das Verwaltungsverfahrensgesetz und ebenso die Pressegesetze der Länder sollten mit einem Diskriminierungsverbot ergänzt werden, das sicherstellt, dass in Berichten über Beschuldigte einer Straftat auf deren mögliche Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheit oder auf deren Hautfarbe nicht hingewiesen werden darf, ohne dass für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein zwingender Sachbezug besteht.

Laut Repräsentativ-Umfragen der Meinungsforschungsinstitute von EMNID und „Allensbach“ in früheren Jahren haben 64% der Mehrheitsbevölkerung massive Abneigungen gegen Sinti und Roma und wollen keinen von ihnen als Nachbarn haben. Demgegenüber seien 17% entsprechend antisemitisch eingestellt. Schuld an dieser Hass-Stimmung in der Mehrheitsbevölkerung ist die Berichterstattungspraxis von Behörden und Medien mit der Minderheitenkennzeichnung Beschuldigter als „Sinti“, „Roma“ oder „Zigeuner“. Die Behörden verwenden auch vorurteilsschürende Synonymbegriffen wie „Landfahrer“ oder rassistische Neuschöpfungen der Polizei wie „mobile ethnische Minderheit“, um Sinti und Roma zu stigmatisieren.

Angesichts der zunehmenden rassistisch motivierten Gewalt und Propaganda und der verbreiteten öffentlichen Minderheitenkennzeichnung von Beschuldigten war das heutige Gespräch mit Sebastian Edathy ein wichtiges Signal dafür, dass die Anliegen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma bei den politisch Verantwortlichen jetzt ernsthaft erörtert werden.

Romani Rose